Minderheitenpolitik als Interaktion? Die staatlichen Institutionen der Zweiten Polnischen Republik und die „nichtpolnischen“ Staatsbürger (1918-1939)

Veranstalter: Emmy-Noether-Forschungsgruppe „Weg der Rechtsfindung in ethnisch-religiös gemischten Gesellschaften. Erfahrungsressourcen in Polen-Litauen und seinen Nachfolgestaaten“, Institut für Slavistik, Universität Leipzig; Polnisches Institut Berlin, Filiale Leipzig; Kompetenzzentrum Mittel- und Osteuropa Leipzig, Societas Jablonoviana Leipzig
Datum, Ort: 03.11.2010-02.02.2011, Leipzig
Bericht von: Estelle Bunout, Université Nancy 2

Ziel dieser Kolloquienreihe war es, sich mit der Struktur der Minderheitenpolitik des neugegründeten polnischen Staates zu befassen um die Komplexität und Vielfalt dieser Politiken zu verstehen. Die Beiträge von Forschern aus Polen, der Ukraine, aus Deutschland sowie die Gliederung der Vorträge nach den verschiedenen Zweigen der staatlichen Organisationen boten dazu ergänzende Zugänge. Die einzelnen Vorträge handelten von den grundlegenden Konzeptionen der Minderheitspolitik in Polen in der Zwischenkriegszeit, deren Durchführung und die Rezeption durch die Minderheiten. Durch diese drei Aspekte der Minderheitspolitiken strebte diese Kolloquienreihe die Bearbeitung einer neuen Betrachtungsweise dieser interethnischen Beziehungen an.

In einem einführenden Vortrag stellte ANNA VERONIKA WENDLAND (Marburg) die Grundlagen der Diskussion dar, nämlich die Gegenüberstellung der Wahrnehmung der Lage des neu gegründeten polnischen Staates einerseits und andererseits die der „Minderheiten“, die sich nicht immer als solche verstanden, da sie einen anderen Status unter dem vorigen imperialen Regime hatten und zum Teil auf lokaler Ebene eine Mehrheit bildeten. Der Vortrag präsentierte die konkurrierenden jagiellonischen und nationaldemokratischen Staatskonzeptionen. Beide beruhen auf der Annahme der Überlegenheit polnischer Kultur und zielen auf die Akkulturation oder Assimilation der Minderheiten in die polnische Gemeinschaft. Die erste versucht dieses Ziel durch eine Politik der Zustimmung der Minderheiten zu erreichen, die zweite beabsichtigte auf repressive Mittel zurückzugreifen.

Der internationale Rahmen dieser Minderheitenpolitiken wurde von MAREK KORNAT (Warschau) dargestellt. Die Friedensverträge des 1. Weltkrieges sahen spezifische Minderheitenrechte für die Nachfolgestaaten in Mitteleuropa vor, was in den Augen vieler Politiker die Souveränität des polnischen Staaten in unangemessener Weise verletzte. Nachdem Józef Piłsudski (1867-1935) 1926 die Macht zurückerobert hatte, habe er eine Generalisierung dieser Minderheitsrechte im Völkerbund angestrebt, was aber von den Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien 1933 abgelehnt wurde. Die polnischen Minderheitenpolitiken waren Gegenstand der Gleichgewichtspolitik Polens und so der Außensicherheitspolitik zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

Eine der Herausforderungen der polnischen Minderheitenpolitiken war die Integration der neuen Gebiete nach dem 1921 geschlossenen Vertrag von Riga. Hier wurde die Verkettung der Innen- und Außenpolitik, am Beispiel der Minderheitspolitiken, deutlich. FELIX ACKERMANN (Frankfurt an der Oder) behandelte die Assimilationspolitik im Osten Polens am Beispiel der Stadt Grodno in der die „nicht-polnische Minderheit“ die Mehrheit der Bevölkerung bildete. Der polnische Staat, der die Legitimität der durch ihn favorisierten polnischen Identität und die Sicherung seiner Existenz verteidigte, führte eine Politik der „Polonisierung“ der Bevölkerung durch Sprachen- und Kulturpolitik durch. Diese Politik habe dazu beigetragen die lokale Identität ansatzweise in ein nationales Bewusstsein zu wandeln. Anhand seiner kürzlich vorgelegten Studie über die Stadt Grodno (Palimpsest Grodno: Nationalisierung, Nivellierung und Sowjetisierung einer mitteleuropäischen Stadt 1919-1991, Harrassowitz, 2010) stellte er fest, dass man die „einfachen“ ethnischen Kriterien nicht allein und ausschließlich nutzen kann, um die späte Bildung der belarussischen Nation zu verstehen, sondern auch die Reaktion auf die Polo-

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

nisierung der Stadt in Betracht ziehen muss.

Diese „ethnische“ Vielfältigkeit spiegelte sich wieder in der Armee, wo anfangs fast die Hälfte der Soldaten als Mitglieder einer Minderheit galt. Für die Einberufung in die Armee wurde die nationale Zugehörigkeit der Offiziere angegeben. Dafür wurden Sprache, geographische Herkunft und die Aussagen der Einberufenen herangezogen. Für ein Teil der Einberufenen wurde die Kategorien „hiesig“ oder „eingemischte“ verwendet, was nach der Darstellung von JERZY GRZYBOWSKI (Warschau) insbesondere belarussische Rekruten betraf. Weitere Belarussen haben sich einfach als Polen ausgegeben, um Schwierigkeiten zu verhindern.

Die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit wurde in den ersten Jahren der Republikgründung im Rahmen des Souveränitätstransfers von Deutschland zu Polen durch eine Wahl festgelegt, in der die Einwohner in den betroffenen Gebieten sich zwischen der deutschen und der polnischen Staatsangehörigkeit entscheiden mussten. PASCAL TREES (Warschau) erklärte, dass diejenigen die sich für die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden, anfangs nicht in die polnische Armee einberufen werden konnten, was die Wahl zum Teil zu Gunsten der deutschen Staatsangehörigkeit beeinflusste habe. Gleichzeitig hätten sich Teile der deutschen Minderheit als Polen erklärt, um im Krieg gegen die Bolschewiki teilnehmen zu können.

In diesen Beiträgen wurde andeutungsweise die grundlegende Frage der Interaktion zwischen der Aufbaudynamik einer „nationalen“ Identität, bei den Minderheiten oder bei den Polen, und der wirkenden Tatsache der zugeschriebenen Identitäten, erläutert. Dabei hätte dieser pragmatischen Ansatzpunkt dieser Veranstaltungsreihe zu einem besseren Verständnis der „interethnischen“ Beziehungen durch die Betrachtung verschiedener Profile führen können. Der Zusammenhang aber von den auf höchster politischer Ebene geführten Debatten über die Orientierung der Minderheitspolitiken und die Durchführung auf lokaler Verwaltungsebenem wurde sehr deutlich dargestellt. Die daraus entstehenden Unsicherheiten über die generelle politische Orientierung, die Lücken im Rechtssystem und die begrenzten Mittel der Verwaltung ergeben eine sehr unterschiedliche Umsetzung dieser Minderheitenpolitiken, was in den verschiedenen Vorträge zu finden war.

Dementsprechend schlug MICHAŁ GAŁĘDEK (Danzig) eine Periodisierung der Minderheitspolitiken in der betrachtete Zeitspange in drei Teile vor: 1918-1926, in der die Grenzen des Staates noch wichtige Veränderungen erleben und die Rechtslage sehr lückenhaft ist sowie die Verwaltung sich noch im Aufbau befand. Nach dem Coup von 1926 folgt eine eindeutigere Orientierung der Politik zum Aufbau des Staates oder Sanacja. Bis zum Tode von Piłsudski 1935, nach dem sich die Situation in der Minderheitspolitik allmählich radikalisiert, als ein Teil der National-Demokraten sich den Anhängern der Sanacja anschließen.

In der Aufbauphase des polnischen Staates ist das generelle Prinzip einer Minderheitenpolitik, die auf Assimilation zielt, in der Verfassung festgelegt, aber es seien zunächst wenig konkrete Gesetzte heraus gegeben worden, was Raum für willkürliche Entscheidungen gelassen habe. Michał Gałędek beobachtete, wie die orthodoxe Kirche in Nord- und Nordost Polen zum Hauptträger der Assimilationspolitik wurde, da diese Gemeinde die größte auf lokaler Ebene darstellte. Die Assimilationspolitik habe sich durch Kontakte und Einmischungen in das Leben der Gemeinden der polnischen Beamten verwirklicht. Der Fall der Lemken, der von BERNADETTA WÓJTOWICZ-HUBER (Warschau), vorgestellt wurde, brachte sehr interessante Einblicke in der Vielfalt der Instrumente, die der polnische Staat in der Assimilationspolitik nutzte. Diese Mittel dienten als Informationsquelle für die polnische Verwaltung und als Mittel, um Zustimmung vonseiten der Minderheiten für den polnischen Staat zu erzeugen.

Ein gemeinsamer Aspekt der Minderheitspolitiken, der sich durch alle Vorträge zog, war die Rolle der Religion in der Definition der Zugehörigkeit zu einer Minderheit und als Instrument der Integration, Anerkennung oder Ausgrenzung der Minderheiten durch den polnischen Staat.

Nach Michał Gałędek wurden die Kirchen von der polnischen Verwaltung in der Zwischenphase der Assimilationspolitik als klei-

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

neres Übel wahrgenommen, sie seien als „nationale“ Institutionen geduldet gewesen, um den nationalen Unabhängigkeitsbewegungen einen Teil der Unterstützung in der Bevölkerung zu entziehen. Es sei ein starker Kontrollapparat ausgebaut worden, Förderprogramme aufgelegt und die politische Kontrolle der Zusammensetzung des Klerus organisiert. In der 2. Hälfte der 1930er-Jahren seien die politische Pläne genauer und radikaler geworden: man habe weniger Rücksichten auf die Zustimmung der Bevölkerung genommen und sich nicht vor radikalen Maßnahmen wie der Zerstörung von Kirchen, wenn sie sich der Assimilationspolitik nicht unterwarfen, gescheut.

Wie ANDREJ RUKKAS (Kiew) es in einem detailreichen Vortrag schilderte, hatte die polnische Armee vor dem Hintergrund militärischer Zusammenstöße zwischen Ukrainern und Polen sowie nach der Gründung eines sowjetischen ukrainischen Staates durch eine gezielte Einberufungspolitik versucht, Teile der jungen Ukrainer insbesondere in West- und Zentralpolen zu zerstreuen und damit zu integrieren. Die per se verdächtigen Ukrainer sollten so gehindert werden, sich zu versammeln und zu organisieren, da sie oft vor kurzem noch für eine unabhängige Ukraine gekämpft hatten. Sie sollten auf diese Weise gleichzeitig das wahre Polen „kennen lernen“. Dabei hat die polnische Armee auch Offiziere der früheren ukrainischen Armee integriert, die weiter gegen den Bolschewiki kämpfen wollten. Sie erhielten einen besonderen Status, der ihnen erlaubte, Offiziere der polnischen Armee zu werden ohne die polnische Staatsangehörigkeit annehmen zu müssen. Dieses Beispiel zeigt der Pragmatismus in der Assimilationspolitik Polens.

Was die belarussische Minderheit in der polnischen Armee betraf, sei der Verdacht auf Illoyalität nicht so stark ausgeprägt gewesen, wie gegenüber der ukrainischen Minderheit, wie Jerzy Grzybowski in seinem Vortrag ausführte. Obwohl knapp die Hälfte Polnisch sprach, die Mehrheit der Belarussen orthodox waren und linke Organisationen wie die Hramada schnell ein breiteres Echo finden konnten, habe das nationale Bewusstsein der Belarussen als nicht so stark wie das der Ukrainer gegolten. Daher sei die administrative Zerstreuung der belarussischen Soldaten nicht so streng verfolgt worden wie für die Ukrainer, und so seien viele Rekruten in Grodno und Brest verblieben.

Die Behandlung der deutschen Minderheit durch die polnische Armee ruhte ebenfalls auf dem Verdacht der Illoyalität. Wie PASCAL TREES (Warschau) in seinem Vortrag ausführte, unterschied sich der geopolitische und soziale Hintergrund dennoch deutlich. Das demographische Gewicht sei schwächer als das der anderen Minderheiten gewesen, aber das Instrument der „Polonisierung“ durch Alphabetisierung schwieriger anzuwenden, da die meisten Deutschen bereits über eine Ausbildung in deutscher Sprache verfügten. Anhand von Offiziersberichten arbeitete Pascal Trees heraus, dass polnische Offiziere bei deutschen Soldaten eine Strategie ausmachten, um in Polen zu bleiben und gleichzeitig die Wiedererlangung deutscher Staatlichkeit zu unterstützen.

Aus diesen Analysen kann man schließen, dass die Armee eine wichtige Rolle in der Assimilationspolitik spielte, aber wie es sich in der Diskussion herausstellte, nicht nur gegenüber den Minderheiten, sondern auch zwischen den verschiedenen Militärtraditionen polnischer Soldaten und Offiziere, die in den drei imperialen Armeen ausgebildete wurden. Oft wurden Illoyalitätsprobleme auf die Minderheiten zurückgeführt, dabei ergab sich das Problem der Zustimmung zum neuen Staat und zur neuen Armee auch für viele ethnische Polen. Hier wurde ein sehr interessanter Ansatzpunkt dieser gesuchten Interaktion geöffnet.

Ferner gab die unsichere internationale Lage sowie die relative Unentschlossenheit der polnischen Staatsführung den Konsulaten und Botschaften Polens Handlungsspielraum, was JOLANTA ŻYNDUL (Warschau) in ihrer Arbeit über die Behandlung der polnischen Juden in Deutschland nach 1933 beobachten konnte. Die polnischen Juden in Deutschland wurden, so Żyndul, bis zum deutsch-polnischen Nichtangriffspakt in der polnischen Außenpolitik als Hebelpunkt benutzt, um Kritik gegenüber Deutschland auszuüben. Die polnischen Konsulate engagierten sich für die Verteidigung der Rechte aller polnischen Bürger in Deutschland zu-

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

mindest mit mäßigem Erfolg, bis 1934. Die polnischen Konsulate waren nun angehalten, „deutsches Recht einzuhalten“: Die Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen bekam Priorität gegenüber der Verteidigung der jüdischer polnischer Bürger. Jolanta Żyndul erklärte, wie diese Zwickmühle dem Projekt der Ausweisung der Juden in den polnischen Überlegungen zur Außen- und Innenpolitik noch mehr Gewicht gab. Żynduls Beitrag zeigte auf interessante Weise, wie verschieden die Beamten in den polnischen Konsulaten in Deutschland auf diesen politischen Rahmen reagierten.

Die Reaktion der Minderheiten zur Assimilationspolitik wurde nach den Referaten teilweise greifbar. Die Ukrainer, die nach der Schaffung eines ukrainischen Staates strebten, verweigerten anfangs die Einberufung in die polnische Armee, bis die ukrainischen Unabhängigkeitsbewegungen eine Neuorientierung vornahmen und beschlossen, die Ausbildung professioneller Soldaten durch die polnische Armee zu nutzen, um später eine wirksame ukrainische Armee aufbauen zu können, wie es Andrej Rukkas schilderte. Die Armee schuf ferner einen Pfad für den sozialen Aufstieg etwa landloser Bauern. Gerade deshalb war die Ausbildung zum Offizier besonders attraktiv für viele Belarussen, wie Jerzy Grzybowski feststellte.

Im Bereich der Landwirtschaft, führte Anna Veronika Wendland das Beispiel der Landreform in Wolhynien an, die durch die Verbesserung der Lebensbedingungen der ukrainischen Minderheit das sowjetische System weniger attraktiv zu machen versuchte. Gleichzeitig aber wurde die ukrainische Sprache in den Schulen verboten. Anna Veronika Wendland beschrieb das Vorgehen der polnischen Verwaltung als Kolonisierungsstrategie, die einerseits versuchte bei den „nicht polnischen“ Bürgern eine Zustimmung zum polnischen Staat zu erzeugen, gleichzeitig aber die Ressource zur Bildung eines eigenen Staates zu schmälern, wodurch die ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung gestärkt wurde.

Was das Justizsystem angeht, wie es MATEUSZ RODAK (Warschau) in Bezug auf die jüdische Minderheit in Polen beschrieb, waren die Gelegenheiten für Interaktion weit begrenzter. In der Tat, war die Polizei nach Mateusz Rodak zum Beispiel eine der wenigen Körperschaften in die fast keine Juden berufen wurden. Sein Referat illustrierte die Grenzen der polnischen Assimilationspolitik.

Die staatliche Minderheitspolitik wurde in dieser Kolloquienreihe in ihrer Vielfältigkeit untersucht und die Schwierigkeiten der Durchführung zwischen dem ehrgeizigen Ziel der Assimilation, den begrenzten staatlichen Mitteln und den tiefgreifenden Debatten über die Identität des neuen polnischen Staates beleuchtet. Das Ziel, eine differenzierte Darstellung der lokalen Lagen, wurde erfolgreich erreicht. Allerdings sollen bei aller Reichhaltigkeit der Ergebnisse nicht die Grenzen der Quellenlage verschwiegen werden, die manchmal nur einen Blick in eine Richtung zulassen, somit zugleich eine Weiterführung dieser Forschungen bedingen.

Konferenzübersicht:

Mehrheitlich Minderheiten? Lokal- und Regionalverwaltungen im ostpolnischen Grenzland

Anna Veronika Wendland (Marburg): Polnische Verwaltung und 'nichtpolnische' Staatsbürger in Südostpolen

Felix Ackermann (Frankfurt an der Oder): Nationalisierung als Reaktion. Mehrheitenpolitik in der Woiwodschaft Bialystok

Im Dienste aller Bürger? Diplomatie und konsularischer Dienst und die „nichtpolnischen“ Staatsbürger im Ausland

Marek Kornat (Warschau): Die Minderheitenproblematik in der Außenpolitik Polens

Jolanta Żyndul (Warschau): Polnische Juden in Deutschland

Armee des Staates oder Armee der Nation? Wehrpflicht und Kriegsdienst zwischen staatlicher Assimilation und nationaler Exklusion

Andrej Rukkas (Kiew), Ukrainians in the Armed Forces of the Second Republic

Jerzy Grzybowski (Warschau), Weißrussen in den polnischen Streitkräften

Pascal Trees (Warschau), Fremde Staatsangehörige, unzuverlässige Fremde? Das polnische Heer und seine Deutschen

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

Konfessionelle Nation oder nationale Konfession? Staatliche Kirchenpolitik und die nichtkatholischen Religionsgemeinschaften

Bernadetta Wójtowicz-Huber (Warschau), Die greichisch-katholische und die orthodoxe Konfession als Instrument nationaler Politik im Lemkenland

Michał Gałędek (Danzig), Relations between the Locals Adminstration of the Polish North-Eastern Provinces and Non-Catholic Religions

„Ethnic crime“ im neutralen Rechtsstaat? Polizei und Justiz im Umgang mit den Minderheiten

Mateusz Rodak (Warschau), The Polish Justice Systemand Jewish Citizens

Małgorzata Materniak-Pawłowska (Posen), Nationalitätenprobleme innerhalb der polnischen Advocatur

Tagungsbericht *Minderheitenpolitik als Interaktion? Die staatlichen Institutionen der Zweiten Polnischen Republik und die „nichtpolnischen“ Staatsbürger (1918-1939)*. 03.11.2010-02.02.2011, Leipzig, in: H-Soz-u-Kult 05.04.2011.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.